Gastkommentar. Vermischt Kritik am Staat Israel nicht mit Antisemitismus! Ein Appell von 34 israelischen Gelehrten.

Israel nicht gegen Kritik immunisieren

Im Kontext des EU-Ratsvorsitzes wird die österreichische Regierung am 21. November eine hochrangig besetzte Konferenz unter dem Titel „Europa jenseits von Antisemitismus und Antizionismus – Sicherung jüdischen Lebens in Europa" abhalten. Wir unterstützen den kompromisslosen Kampf der EU gegen Antisemitismus voll und ganz. Das Erstarken des Antisemitismus erfüllt uns mit Sorge (. . .) Das Erstarken des Antisemitismus ist eine reelle Gefahr und sollte der gegenwärtigen europäischen Politik ernsthaft zu denken geben.

Die EU steht aber auch für Menschenrechte ein und muss diese genauso energisch schützen, wie sie den Antisemitismus bekämpft. Die Bekämpfung des Antisemitismus sollte nicht dafür instrumentalisiert werden, legitime Kritik an israelischen Besatzungen und an schweren Verletzungen palästinensischer Menschenrechte zu unterdrücken.

Israels Premierminister, Benjamin Netanjahu, hätte auf der Konferenz in Wien sprechen sollen, bis er seine Reise absagte, um seine Regierung zu stabilisieren. Er hat hart daran gearbeitet, Kritik am israelischen Staat mit Antisemitismus zu vermischen.

Zu unserer tiefen Besorgnis sehen wir diese Vermischung auch in der offiziellen Ankündigung der Konferenz durch die österreichische Regierung. Dort heißt es: „Antisemitismus findet seinen Ausdruck sehr oft in übertriebener und unverhältnismäßiger Kritik am Staat Israel."

Eine gefährliche Definition

Diese Worte geben die Antisemitismusdefinition der Internationalen Allianz für Holocaust-Gedenken wieder. Mehrere Beispiele für zeitgenössischen Antisemitismus, die sich der Definition anschließen, beziehen sich auf harsche Kritik an Israel. Im Ergebnis kann die Definition gefährlich instrumentalisiert werden, um Israel Immunität gegen Kritik an schwerwiegenden und verbreiteten Menschen- und Völkerrechtsverletzungen zu verschaffen – Kritik, die für legitim erachtet wird, wenn sie sich gegen andere Länder richtet. Das schreckt jedwede Kritik an Israel ab.

Besatzungsmacht Israel

Die Ankündigung setzt außerdem Antizionismus mit Antisemitismus gleich. Wie allen modernen jüdischen Bewegungen des 20. Jahrhunderts widersetzten sich jedem Zionismus auch viele Jüdinnen und Juden heftig, ebenso wie Nichtjuden, die nicht antisemitisch waren. (. . .) Es ist unsinnig und unangemessen, Antizionismus automatisch mit Antisemitismus gleichzusetzen.

Wir dürfen auch nicht vergessen, dass der Staat Israel seit über 50 Jahren eine Besatzungsmacht ist. Millionen von Palästinenserinnen und Palästinensern unter Besatzung entbehren ihrer Grundrechte, Freiheit und Würde. (. . .) Es ist notwendiger denn je, dass Europa alle Versuche entschieden ablehnt, die freie Meinungsäußerung anzugreifen oder Kritik an Israel durch die falsche Gleichsetzung mit Antisemitismus zum Schweigen zu bringen.

Europa muss dies auch für die eigene Glaubwürdigkeit tun. Die Ausweitung dieses Kampfes zum Schutz des israelischen Staates vor Kritik trägt zur Fehlwahrnehmung bei, dass Jüdinnen und Juden mit Israel gleichzusetzen seien und deshalb verantwortlich für die Handlungen dieses Staates wären.

Als israelische Gelehrte, deren Mehrheit jüdische Geschichte erforscht und lehrt, sagen wir zu Europa: Bekämpft den Antisemitismus unnachgiebig, um jüdisches Leben in Europa zu schützen. Haltet dabei die klare Unterscheidung zwischen Kritik am Staat Israel und Antisemitismus aufrecht. Vermischt nicht Antizionismus mit Antisemitismus. Und schützt die Rede- und Meinungsfreiheit derjenigen, die Israels Besatzung ablehnen und darauf bestehen, dass sie endet.

em. Prof. **Jose Brunner,** Tel Aviv,
Prof. **Eva Illouz,** Soziologin, Jerusalem,
em. Prof. **Moshe Zimmermann,** Historiker,
und 31 weitere israelische Gelehrte.

E-Mails an: **debatte@diepresse.com**



Die Krise der IGGÖ und die Macht der Verbände

Gastkommentar. Ein Kampf um Vorherrschaft und Posten hat zur Lähmung der Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich geführt.

VON RAMI ALI

Vorgezogene Neuwahlen, interne Machtkämpfe und das Ringen um einen Nachfolger – das ist die gegenwärtige Situation der Islamischen Glaubensgemeinschaft. Leidtragende sind Muslime und Musliminnen – also jene, die durch die Islamische Glaubensgemeinschaft in Österreich (IGGÖ) eigentlich vertreten werden sollten.

Ibrahim Olgun, der aktuelle Präsident der Islamischen Glaubensgemeinschaft, soll nach nicht einmal zweieinhalb Jahren im Amt abgesägt werden. Das formuliere ich bewusst so martialisch, denn was nach außen hin als vorgezogene Neuwahl präsentiert wird, ist in Wirklichkeit ein Misstrauensvotum seitens des Schurarates, des legislativen Organs der IGGÖ.

Hinter dem Misstrauensvotum kommt jene Ebene zum Vorschein, die den meisten Konflikten innerhalb der IGGÖ zugrunde liegt. Es ist die Ebene der Verbände – konkreter der Konkurrenzkampf zwischen den zwei größten von ihnen: Atib (aus deren Reihen Ibrahim Olgun kommt) und der Islamischen Föderation, hinter der die türkisch-nationalistische Millî Görüş steht. Dieser Kampf um Vorherrschaft und Posten zeichnet die IGGÖ aus – schon seit Jahren. Er ist mitunter auch ein Grund, warum viele Muslime frustriert sind und sich kaum bis gar nicht von der IGGÖ vertreten fühlen.

Schon lang auf der Lauer

Stimmen, die die türkische Dominanz und die Verbandspolitik kritisieren, wurden immer lauter. Die Skepsis gegenüber Olgun als Präsident (er ist der jüngste Präsident in der Geschichte der IGGÖ, weshalb ihm seine Widersacher Unerfahrenheit attestieren) war von Beginn an da. Olgun hat dann den Spagat versucht, an dem er letztlich zerbrochen ist.

„Ich habe meinen Atib-Mantel an dem Tag, an dem ich dieses Amt angenommen habe, abgelegt. Ich möchte die Vertretung aller Muslime sein", sagte er einst. Diese Einstellung hat er durchwegs kohärent durchgehalten, was immer wieder zu Konflikten in den eigenen Reihen geführt hat und die Unterstützung seitens des eigenen Verbands schmälerte.

Da waren also nun die eigenen Leute, die sich nicht mehr entschlossen hinter ihren Präsidenten stellten. Da war die Islamische Föderation, die auf einen Fehler wartete, um Olgun absägen zu können. Da war die Regierung, die, ich zitiere einen ÖVP-Politiker, „die IGGÖ als Pinata nutzt und immer, wenn es passt, draufhaut, um politisches Kleingeld daraus zu machen". Und natürlich waren da viele Musliminnen und Muslime, die das Gefühl hatten, dass die IGGÖ zu wenig mache und sie nicht gut genug verteidigt würden gegen Frontalangriffe der Regierung. Also eine Loselose Situation für Olgun.

Showdown war im Juni bei der Ankündigung der bevorstehenden Moscheeschließungen (die ›

PIZZICATO

Jetzt ist gleich wieder vorbei

Die Liste Pilz mit ihren aktuell sieben Leutchen im Parlament benennt sich also um: Man heiße ab jetzt *Jetzt*, gab der Parlamentsklub am Montag bekannt. Und die Parteimitglieder hätten Zeit bis 3. Dezember, um sich für oder gegen Jetzt zu entscheiden. Man wolle so zeigen, dass man jetzt richtig loslege, ja sogar wachse.

Nun ja. Das mit dem Jetzt ist so eine Sache. Das Jetzt, die Gegenwart, ist die dünne Linie zwischen dem Fels der Vergangenheit, der Summe aller gewesenen Jetzte, und dem Wahrscheinlichkeitsschaum der Zukunft. Für Menschen ist das Jetzt die Blase des lichten Bewusstseins, mit der wir auf dem dunklen Zeitstrahl reisen. Nur im Jetzt interagieren wir mit der Welt. Ja: Jetzt ist *immer* – aber nie *dasselbe*. Es sitzt zwischen den Stühlen der Zeit und fließt, ist gleich vorbei, so wie das Heute morgen gestern sein wird. Eine ewige Serie von Jetzten, die für unser Hirn je 2,7 Sekunden währen, wie es aus Neurologie und Psychologie heißt. *„Alles, was ist, dauert drei Sekunden. Eine Sekunde für vorher, eine für nachher, eine für mittendrin"*, sang Peter Licht 2001 auf „Sonnendeck" (jetzt auch schon lang her).

Machen wir ein Experiment: Gleich (das ist jetzt, nur ein bisserl später) tipp' ich einen Smiley. . . ☺ . . . und jetzt ist das wieder Geschichte. Jetzt – ist schon vorbei. Und hat sich im Zeitwind aufgelöst. Es ist ein verdammt flüchtiges Ding, dieses Jetzt. (wg)

Reaktionen an: **wolfgang.greber@diepresse.com**

LESERPOST

Leserbriefe bitte an:
Die Presse, Hainburger Straße 33,
A-1030 Wien oder an
leserbriefe@diepresse.com

Der Steuerzahler fragt sich: Wozu das Ganze?

„Test mit 140 km/h auf Autobahn vor Ausweitung", 16. 11.

Wie im „Presse"-Artikel ausgeführt, wurden an „Teststrecken" mit Tempo 140 km/h ausführliche Messungen durchgeführt. Wie schnell Autofahrer in der ersten, zweiten, dritten Spur fahren, wie viel Prozent sich an die Geschwindigkeit halten, den Schadstoffausstoß usw. Ohne näher auf die Ergebnisse einzugehen, fragt sich der geneigte Autofahrer und Steuerzahler, wofür das Ganze? Um 1.15 Minuten schneller von Wien nach Salzburg zu kommen? Diese ganzen Messungen und Untersuchungen kosten ja alle Geld. Geld, das vom Autofahrer über die Autobahngebühren eingehoben wird. Doch über den Unsinn der ganzen Sache hat uns der Verkehrsminister bisher nicht aufgeklärt.

Herbert Kafka, 3033 Altlengbach

USA: Kein weiteres Redistricting bis 2020

„Die zerrissene Seele der Vereinigten Staaten", Gastkommentar von Ian Buruma, 15. 11.

Ian Buruma schrieb „. . . die Wahl republikanischer Gouverneure in wichtigen Staaten bedeutet, dass dort die Wahlkreise so angepasst werden können, dass die Chancen für eine Wiederwahl Trumps 2020 verbessert werden." Das ist falsch.

Erstens gibt es kein weiteres Redistricting (Anpassung der Wahlkreise) bis nach der Volkszählung 2020. Zweitens werden nur Abgeordnete zum Repräsentantenhaus in Wahlkreisen gewählt. Präsidentschaftskandidaten bekommen – mit zwei Ausnahmen – die Gesamtheit der Elektoren der Bundesstaaten, in denen sie eine Mehrheit gewinnen. Daher ist die Neuziehung der Wahlkreisgrenzen für Präsidentschaftswahlen ohne praktische Bedeutung.

Die einzigen Ausnahmen zum Winner-takes-all-System sind Nebraska und Maine. Diese beiden bevölkerungsarmen Staaten haben nur je zwei Wahlkreise (und damit vier Elektoren – einen pro Wahlkreis plus einen pro Senator). Sie verteilen die Elektoren sowohl nach Abschneiden staatsweit als auch nach Wahlkreisen. Der Sieger bekommt also entweder alle vier oder drei Elektoren, der Verlierer keinen oder einen. (Trump z. B. bekam 2016 alle vier in Nebraska, Clinton aber nur drei in Maine, weil Trump zwar in Maine gesamt verlor, aber den Wahlkreis im Norden gewann.) Allerdings wird das 2020 noch nicht zum Tragen kommen (weil es bis zur Wahl ja kein Redistricting mehr gibt).

Dazu kommt, dass Nebraska heuer keine Gouverneurswahl hatte, während in Maine eine Demokratin einen Republikaner abgelöst hat. Für 2024 – also die übernächste Präsidentschafts- ›